

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mh., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Leipzig, den 16. Februar 1922. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 16. Februar 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mh. die fünfgepalte Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 5 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 20

Notstandsarbeiten im Buchdruckgewerbe

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat, wie wiederholt bekanntgegeben wurde, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenunterstützung vorläufig den Betrag von zwei Millionen Mark für Notstandsarbeiten im Buchdruckgewerbe zur Verfügung gestellt. Mit Bekanntmachung vom 14. November 1921 hat das Reichsamt an diejenigen Buchdruckereien, die für solche Notstandsarbeiten in Betracht kommen könnten, die Aufforderung gerichtet, sich beim Reichsamt um Zuweisung solcher Arbeiten zu bewerben. Das ist inzwischen geschehen, und soll gegenüber denjenigen Firmen, die sich über das Ausbleiben solcher Notstandsarbeiten beklagen haben, wiederholt werden, daß die Berücksichtigung der antragstellenden Buchdruckereien natürlich nur erfolgen kann im Maße der von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zur Verfügung gestellten Aufträge.

Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft hat an die Verleger das Ersuchen gerichtet, sich mit den einzelnen Druckereien über Herstellung solcher Notstandsarbeiten direkt ins Benehmen zu setzen. Zu diesem Zwecke sind diejenigen Buchdruckereien, die sich um Notstandsarbeiten beim Reichsamt beworben haben, im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ bekanntgegeben worden.

Im übrigen ist folgendes unbedingt zu beachten und zu befolgen:

1. Als Notstandsarbeiten kommen nur Werke und Zeitschriften wissenschaftlichen Inhalts in Betracht, deren Förderung von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft im Vorschlag gebracht wird.
2. Wendet sich ein Verleger oder ein Autor an eine Buchdruckerei zwecks Herstellung solcher Arbeiten, so ist die Beweismittel der Notgemeinschaft, daß eine Förderung des betreffenden Werkes aus der produktiven Erwerbslosenunterstützung von der Notgemeinschaft befürwortet wird, beizufügen. Die Buchdruckerei hat erst dann unter Vorlegung dieser Bestätigung beim Reichsamt den Antrag auf Überweisung der betreffenden Arbeit als Notstandsarbeit zu stellen.
3. Der Antrag (ebenso alle späteren Anfragen und Anträge) ist grundsätzlich vor Beginn der Arbeiten zu stellen. Zu richten ist er an das Reichsamt.
Dem Antrag ist außer der zu Ziffer 2 erwähnten Beweismittel beizufügen:
 - A) Die Kalkulation und Kostenberechnung der Arbeit.
 - B) Die Angabe:
 - a) wieviel arbeitslose Gehilfen usw. zur Einstellung kommen werden (dazu Zahl der von ihnen abzuleitenden Tagewerke, sei es bei der Herstellung des Werkes selbst, sei es bei andern Arbeiten, die während der Dauer der Herstellung des Werkes von ihnen an Stelle von bei der Notstandsarbeit beschäftigten Stammarbeitern geleistet werden);
 - b) wieviele Gehilfen usw. ohne die Herstellung der Arbeit entlassen und der Erwerbslosenunterstützung anheimfallen würden (Tagewerke);
 - c) wenn bei Bewährung von Kurzarbeiterunterstützung mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet würde, wieviel Mehrstunden im Rahmen des achtstündigen Arbeitstages geleistet werden können (diese Stunden können zu Arbeiter-tagewerken zusammengezogen werden);
 - d) die Zahl der Stammarbeiter-tagewerke.

Nach Genehmigung des Antrags können Vorschläge bis zu zwei Dritteln der sich ergebenden Förderungssumme vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung sofort überwiesen werden.
4. Die Abrechnung erfolgt nach Fertigstellung der Arbeit auf Grund der dem Reichsamt einzuwendenden Beweismittel des örtlich zuständigen Arbeitsnachweises, daß die Entlastung der Erwerbslosenunterstützung in dem vorgesehenen Umfang erfolgt ist. Drei Freielegemulare der fertiggestellten Arbeit sind dem Abrechnungsantrag beizufügen. Nach Prüfung der Abrechnung erfolgt die Überweisung des sich ergebenden Förderungsbetrags (unter Abzug etwaiger Vorschüsse) gleichfalls durch die Amtskasse des Reichsamts für Arbeitsvermittlung.
5. Für die Inanspruchnahme der Erwerbslosenunterstützung bei Herstellung von Notstandsarbeiten gilt

folgendes Beispiel: „Wenn die Herstellung eines Werkes 500 Tagewerke erfordert und 100 anrechnungsfähige Erwerbslosenunterstützungen in Betracht kommen, so würden für die 100 Tagewerke je 30 Mh. vergütet werden. Wenn die übrigen 400 Tagewerke von Stammarbeitern der Druckerei geleistet werden, so wird für die Hälfte der Tagewerke, also für 200 Tagewerke, noch einmal je 30 Mh. vergütet.“

6. Buchdruckereien, die ohne Erfüllung der Vorschriften unter a) bis c) solche Arbeiten übernehmen oder erst nach Fertigstellung dieser Arbeiten Antrag auf entsprechende Vergütung beim Reichsamt einreichen, haben auf Genehmigung dieses Antrags bestimmt nicht zu rechnen.

Bücherbekämpfung und Zeitungsanzeigen

In Nr. 2 des „Reichsarbeitsblattes“ (31. Januar 1922) wird im nichtfamiliären Teil in einem beachtenswerten größeren Aufsatz über „Die Bücherbekämpfung in Gesetzgebung und Verwaltung“ von dem Berliner Ministerialdirektor Dr. C. Galdt (Seite 66*) ein besonderes Kapitel der Bücherbekämpfung durch „Beschränkungen des Zeitungsanzeigewesens“ gewidmet. Da diese Frage des Zeitungsanzeigewesens insbesondere angeht und daher auch im Zusammenhang mit unsern berufswirtschaftlichen Interessen steht, drücken wir den betreffenden Abschnitt nachstehend ab und empfehlen seinen Inhalt nachdrücklicher Beachtung seitens aller in Frage kommenden Personen, einesfalls im Interesse einer härteren Bekämpfung des zum Schmelzen stehenden Buchers, andererseits zur Vermeidung von empfindlichen Strafen wegen Vergehens gegen die heute noch geltenden Vorschriften für dieses Gebiet des Strafengesetzes. Der erwähnte Abschnitt hat folgenden Wortlaut:

Bald nach Einsetzen der ersten erheblichen Preissteigerung nach Ausbruch des Krieges erschienen in den Zeitungen in immer stärkerem Maße sogenannte Chiffreanzeigen, in denen ohne nähere Angaben über die Person des Anzeigenden oder unter einer Deckadresse große Mengen von Nahrungs- und Futtermitteln, von sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs, von Düngemitteln oder von Gegenständen des Kriegsbedarfs angeboten wurden oder zur Abgabe von Angeboten über solche Gegenstände aufgefordert wurde. Ging man solchen Anzeigen nach, so stellte sich heraus, daß es sich vielfach um Leute handelte, die sich bisher niemals in dem betreffenden Handelszweige beschäftigt hatten, erst auf diese Weise zu Waren und Angeboten gelangen und es sich ermöglichen, ohne Kenntnis des Handels große Mengen einer bestimmten Ware an sich zu bringen und zu Gewinnzwecken zurückzubehalten. Die Befolgung derartiger verdeckter Anzeigen war daher notwendig, um den Wucher- und Kettenhandelsverfolgungsbehörden den Zugriff zu erleichtern und unlauteren Leuten den Zugang zur Warenverteilung zu erschweren. Die Verordnung über Zeitungsanzeigen vom 16. Dezember 1915 unterlag daher den Abdruck von Anzeigen, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs angeboten oder zur Abgabe von Angeboten über solche Gegenstände aufgefordert wurde, in periodischen Druckschriften, wenn sie nicht Namen oder Firma sowie Wohnung oder Geschäftsstelle des Anzeigenden enthalten. Nach dieser Verordnung wird mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten sowohl der verantwortliche Schriftsteller der abdruckenden Zeitung als auch derjenige, welcher die Anzeige ausgibt, bestraft. In letzter Zeit haben sich vielfach Stimmen für Aufhebung dieser Verordnung geltend gemacht. Auch schien es fastläßlich in den vergangenen Zeitabschnitten stabilen Geldwertes weniger bedeutsam, da Angebot und Nachfrage sich die Wage hielten und bei der Unmöglichkeit, durch Zurückhaltung der Waren auf verhältnismäßig kurze Zeit erhebliche Gewinne zu machen, der Anreiz zur Einschaltung unlauterer Elemente in den Warenverkehr fehlte. Die jüngst vergangenen Monate schneller Preissteigerung haben jedoch wieder gezeigt, daß trotz der erheblich gestiegenen Gefahr, durch Rückschlüsse Verluste zu erleiden, sich immer wieder Leute finden, die die Aufspeicherung von Waren zu Spekulationszwecken betreiben und damit die Steuerungserscheinungen verschärfen. Es kann daher, solange nicht eine Gewähr gegen die Schwankungen unfrer wirtschaftlichen Verhältnisse geboten ist, dieses Schutzmittel gegen Wucher

und Kettenhandel, das die Öffentlichkeit der Warenverteilung und Warenbewegung verbürgt, nicht entbehrt werden. Hinzu kommt für die Nachkriegszeit, daß die Steuerungsperioden hervorgerufen und begleitet sind von Verschlechterungen der deutschen Währung und damit den Anreiz zu Verkäufen durch Ausländer und zum Ausverkauf ins Ausland bieten. Auch um diesen zu begegnen, ist eine Überwachung der Warenbewegung möglichst zu erleichtern.

Neben diesem Verbote von Anzeigen für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs bestehen nach Aufhebung der diesbezüglichen Bestimmungen für Lebens- und Futtermittel und Tabakwaren noch einige Sonderbestimmungen für einzelne Warengruppen.

Es ist ferner bei Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder einer dieser Strafen verboten, in periodischen Druckschriften oder sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, bei Ankündigungen über Erwerb oder Veräußerung von Arzneimitteln oder über die Vermittlung solcher Geschäfte Angaben zu machen, die geeignet sind, einen Irrtum über die geschäftlichen Verhältnisse des Anzeigenden oder die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte und über den Anlaß oder den Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken oder zur Abgabe von Preisangeboten auf Arzneimittel aufzufordern. Mit derselben Strafe ist bedroht, wer ohne vorherige Genehmigung in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, Anzeigen gestaltet, in denen der Anzeigende sich zum Erwerb von Arzneimitteln erbietet. Zusätzlich zur Erteilung der Genehmigung ist bei Arzneimitteln die Polizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung oder in Ermangelung eines solchen des Wohnorts des Anzeigenden, in dem diese zuzuständig ist, die Genehmigungsbefugnisse zu beantragen, wozu er die Ware haben will, und nach Rechenhaft darüber ablegen, wie er diese Waren in seinem Geschäft verkaufen will. Nur nach besonderer Prüfung aller Verhältnisse werden ihm solche Genehmigungen erteilt werden.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bei Konditionsangeboten aus Ostpreußen sind unbedingt vorher Erkundigungen beim dortigen Gauvorstand einzuziehen. Kollegen! Abt strengste Solidarität mit den ostpreussischen Tarifkämpfern!

Allenburg. (Ort und Bezirk). In der Hauptversammlung am 22. Januar erfallte der Geschäftsführer des Gewerkschaftsbeirats „Goldener Pfug“ einen Bericht über den Stand desselben, der allgemeine Befriedigung auslöste. Der gedruckt vorliegende Jahresbericht vom letzten Quartal wurde in allen Teilen anerkannt und dem Kassierer für seine ausgezeichnete Kassienführung Dank und Entlastung ausgesprochen. Der übliche gedruckte Jahresbericht befand sich in den Händen aller Mitglieder. Hierzu gab der Vorsitzende noch einige Erläuterungen und ging anschließend noch auf die bevorstehende Tarifauschussung ein, verlas einige „interessante“ Stellen aus der „Zeitschrift“, die Ketterheit aber auch Enttäuschung auslösten, und ermahnte die Kollegenschaft zu festem Zusammenhalten wie bisher, da schwere wirtschaftliche Kämpfe im neuen Jahre nicht ausbleiben werden, wenn es nicht gelingt, den unumsehlichen Friedensvertrag in seinen Laufen weit mehr auf die tragfähigen Schultern der Besitzenden abzuwälzen. In der Aussprache wurde u. a. mit lauten Worten auf die vom Vorsitzenden gestreiften Papiernoten, den Wucherpreis sowie die Gewinne der Papiergewaltigen eingegangen und endlich Maßnahmen dagegen verlangt. Die Vorstandswahlen vollzogen sich glatt nach den Vorschriften der Dezemberversammlung. Dem aus dem Vorstande freiwillig ausscheidenden Kollegen Sturm, der 25 Jahre demselben angehörte, widmete der Vorsitzende herzliche Worte des Dankes für seine geleistete mühevollen Arbeit als Vorstandsmittglied, Schriftführer, Vorsitzender sowie Reizekasse- und Arbeitsnachweiserwartler. Die Versammlung beschloß, ihm zu Ehren eine kleine Feste zu veranstalten. Nachdem Erledigung der Aufstellung der Kandidaten zur Gauversammlung und interner Vereinsangelegenheiten

S. Mchaffenburg. Ihre Generalversammlung fand am 21. Januar statt. Voller Lieb der Besuch der Versammlung sehr zu wünschen übrig, vor doch kaum ein Drittel der Kollegen erschienen. Vorstehender Kernweit bedauerte diese Unzahl und betonte, daß es Kollegen im Ortsverein gibt, die das ganze Jahr über den Weg zu einer Versammlung nicht finden können. Der Vorstehende gab dann einen kleinen Rückblick über das verfloßene Vereinsjahr. Durch den vollaegenen Abtritt zum Gau Bayern, in dem Mchaffenburg zum Bezirksort erhoben wurde, hat es, besonders in agrikultorischer Hinsicht, keineswegs an Arbeit gefehlt. In Amorbach-Miltenberg war es uns möglich, im Laufe des Sommers einen Ortsverein ins Leben zu rufen und sämtliche dortlebenden Kollegen dem Verbande zuzuführen. Im Malngelbte befinden sich aber immer noch Orte, wo wir den Hebel ansetzen müssen. Der Vorstehende der Bezirksabteilung, Kollege Klefer, erstattete einen kurzen Bericht über diese; auch er sagte es sich, daß noch vieles verbessert werden muß. Den Kassenbericht erstattete Kollege Walter. Ihre Kassenverhältnisse zeigen eine merkliche Besserung, da der Ortsvereinsbeitrag in einer der vorhergehenden Versammlungen auf 1,20 Mk. festgelegt wurde. Der Punkt „Vorhandswahl“ hatte eine kleine Änderung aufzuweisen, da der Schriftführer sowie ein Beisitzerposten neu besetzt wurden. Aus den Reihen der Versammlung wurde dem Gesamtvorstande für die geleistete Arbeit der Dank der Mitgliedschaft ausgesprochen. Der Punkt „Beitragsleistung zum Kauf eines Gewerkschaftsbauhaus“ wird die nächste Versammlung noch weiterbesprechen, da einige Fragen noch geklärt werden müssen.

Berlin. (Generalversammlung vom 19. Januar.) Kollege Albrecht eröffnete die außerordentlich gut besuchte Versammlung mit einem Dank an alle Funktionäre und Vertrauensleute für ihre rege Mitarbeit im vergangenen Jahr und teilte mit, daß Kollege Mallini wegen Krankheit an der diesmaligen Tarifausübung nicht teilnehmen könne. In der Generalversammlung nahmen auch die Vertrauensleute und Druckereikollegen teil. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage und die bevorstehende Tarifausübung“, legte Kollege Albrecht die einzelnen Feuerungsorgänge ausführlich dar. Unter Berücksichtigung dieser Umstände sei das Lohnabkommen gekündigt worden. Aus der „Selbstkritik“ und an Rundschreiben der Prinzipalität zeigte Redner ferner, welchen Sturm der Entrüstung die Gehilfenanträge bei der Prinzipalität verursacht haben, die eine ganz enschiebende ablehnende Haltung ihnen gegenüber einnehme. Die Maßnahmen der Prinzipale bewelten den Ernst der Situation. Klagen diese einerseits, daß viele kleine Druckereien wegen Rückgang der Druckaufträge nicht mehr lebensfähig seien, so könne andererseits durch gedruckte, an die Kundschäft vertriebene Karten bewiesen werden, daß die Prinzipalität angelich der Tarifausübung im Januar vorläufig keine neuen Druckaufträge entgegennehmen wolle. Um die tausenden Arbeiter möglichst noch bis zu den Verhandlungen herauszubekommen, werde intensio mit Überstunden gearbeitet. Die getroffenen Maßnahmen sowie die „Verhandlung zur Abwehr unberechtigter Gehilfenforderungen“, deren Anerkennung durch

Unterschrift verlangt wurde, verpflichten jeden Prinzipal bei Zuwiderhandlungen zu einer einlagbaren Strafe von 1000 Mk. für jeden im Betriebe beschäftigten Gehilfen. (Für die berechtigten Forderungen der Gehilfen ist aber kein Geld vorhanden!) Der Gauvorstand empfehle, wie die Bezirksversammlungen sich bereits auskündend erklärt hatten, von einer Formulierung bestimmter Forderungen abzusehen und den Unterhändlern freie Hand zu lassen. Als Grundlage für unsre Vertreter solle die am 17. November 1921 angenommene Resolution Müßberg-Bierbach dienen. Kollege Saduk als erster Diskussionsredner erklärte sich mit dem Vorschlage des Gauvorstandes einverstanden. Aber unsre Lebenshaltung und die Begründung einer weiteren Lohnerhöhung sei im „Kor.“ gut und genügend geschrieben worden. Redner verlangte aber auch eine Verminderung der Differenz zwischen den einzelnen Klassen, auch bei den Hilfsarbeitern. Er versprache sich aber auf dem Wege der Lohnerhöhung allein keine Besserung unsrer Lebenslage. Er verlange eine Sanierung der Reichsfinanzen vor allem durch Erlassung der Sachwerte und forderte vom DGB, die Durchführung der zehn Punkte. Kollege Braun erklärte, daß es ein Fehler gewesen wäre, das Lohnabkommen schon am 15. Dezember zu kündigen. Einem uns aufgezwungenen Kampfe würden wir nicht ausweichen. Redner ging näher auf die Löhne in anderen Berufen ein und erklärte Saduk gegenüber, daß bei den diesmaligen Verhandlungen von einer Arbeitszeiterhöhung nicht gesprochen werden könne, das sei erst bei der Tarifrevision Ende des Jahres möglich. Das Wichtigste bei den Verhandlungen sei wieder der Abschluß für einen möglichst kurzen Termin. Kollege Engelmeier erklärte sich ebenfalls mit dem Vorschlage des Gauvorstandes und einem möglichst kurzen Termin einverstanden. Er verlangte vom DGB, die unbedingte Durchführung der zehn Punkte, vor allem die Erlassung der Sachwerte. Kollege Albrecht meinte, die kurze und sachliche Diskussion habe feste Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht. Nicht nur mit der Durchführung der zehn Punkte habe sich der DGB, zu beschließen, sondern auch das Arbeitsgesetz und die Schlichtungsordnung erfordern eine grundlegende Stellungnahme. Redner verlangte, daß bis zur Beendigung der Verhandlungen nur die unbedingt nötigen Überstunden zu leisten seien. Kollege Braun konnte hierauf das volle Einverständnis der Versammlung mit dem Vorschlage des Gauvorstandes feststellen. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung begründete Kollege Albrecht kurz die Anträge der Typographischen Vereinigung auf Bewilligung eines einmaligen Zuschusses von 10000 Mk. sowie Preisauschreiben für die Johannes- und Stillungsdruckmaschinen durch die DGB, und ersuchte um deren Annahme. Der Nacharbeiterbezirk hatte einen Antrag dahingehend gestellt, daß sich an dem Preisauschreiben für den Gau nicht nur Mitglieder der DGB, sondern auch Nichtmitglieder beteiligen können. Die Typographische Vereinigung Spanbau forderte in einem Antrag 1000 Mk. von der für die DGB, zu bewilligenden Summe für ihre Zwecke. Da der sehr ausführlichen Diskussion hierüber beteiligten sich die Kollegen Gille, Käthe, Engelmeier, Albrecht, Schreiter und Wulfforff. Alle Redner bekräftigten die Bewilli-

gung, gegen das Preisauschreiben erklärten sich die Kollegen Engelmeier und Wulfforff. Kollege Braun stellte mit Einverständnis der DGB, fest, daß der Typographischen Vereinigung Spanbau von den 10000 Mk. eine Summe nach Vereinbarung zu überweisen sei. Der Absatz a (10000 Mk.) wurde gegen wenige Stimmen angenommen, der Antrag des Nacharbeiterbezirks abgelehnt, und der Absatz b (Preisauschreiben) bei schwacher Beteiligung ebenfalls angenommen. Nach Erledigung einiger Anfragen und einer Richtigung dem Kollegen Engelmeier gegenüber, daß die taubstummen Kollegen vom Verbande sowie vom Gauvorstande die ihnen zustehende finanzielle Unterstützung ihrer Vereinigung erhalten hätten, fand die Versammlung ihr Ende.

Berlin. (Korrekturen.) Die diesjährige aufbesuchte Jahreshauptversammlung eröffnete der Vorstehende mit der Begrüßung der aus Eberswalde und Neudamm anwesenden Kollegen, die es sich trotz der fast unerschwinglichen Reisekosten nicht haben nehmen lassen, an der Versammlung teilzunehmen. Gekürzte Kollegen am Orte, die als Versammlungsschwäger gelten müssen, ein nachahmenswertes Beispiel! Welter beglückwünschte der Vorstehende den Kollegen Schmidt, der auf eine fünfjährige Berufstätigkeit zurückblicken konnte und während dieser Zeit über dreißig Jahre als Korrektor tätig war und Mitgründer des Berliner Korrektorenvereins ist. Als dann wurden in den Verein sechs Kollegen neu aufgenommen; weitere vier haben sich zur Aufnahme angemeldet. Ein anschließender Rückblick des Vorstehenden auf das verfloßene Berichtsjahr zeigte der Versammlung, daß der Verein bzw. die Funktionäre, ihre ganze Kraft für das Wohlergehen der Kollegen eingesetzt haben. Von den auf dem Nürnberger Korrektorenkongresse geborenen Sonderbestimmungen für Korrektoren wurde im Verlaufe des Jahres ausgiebiger Gebrauch gemacht. Vorträge wirtschaftlicher und politischer Art füllten in angenehmer Weise die Monatsversammlungen aus. Nach dem Kassenbericht ist ein Überschuß von 932,84 Mk. zu verbuchen. (Nur die faulen Beitragszahler fanden in der Versammlung keinen Anhalt.) Eine Summe von 115 Mitgliedern stärkte den Verein auf 347. Ein schmerzlicher Verlust war für den Verein das Hinscheiden des hochverehrten und weithin bekannten Oberkorrektors Reinecke aus der Reichsdruckerei. Von dem Kollegen Grunow wurde ein Bildnis von ihm gestiftet, das nun unter Vereinsmitgliedern schmilkt. Durch Jural wurde der alte Gesamtvorstand unter Vorhild des Kollegen Reich wiedergewählt. Einem Antrage der Zentralkommission, zur Bearbeitung des Tarifs für die diesjährige Tarifrevision eine viergliedrige Kommission einzusetzen, wurde zugestimmt. Von der auf der Tagesordnung stehenden Namensänderung des Vereins, die wegen neu hinzugekommener Ortsgruppen vorgelesen war, wurde vorläufig Abstand genommen. Nach einigen sprachlichen Angelegenheiten und Verabredung der auswärtigen Kollegen appellierte der Vorstehende an die Versammlung, im laufenden Jahr an den Veranstaltungen des Vereins recht rege teilzunehmen und uns noch fernlebende zur weiteren Stärkung des Vereins zuzuglehen. Die Februarversammlung fällt aus, dafür findet in den „Klubhölle“ (Ohmstraße) am 26. Februar ein seltener Abend statt.

Karl Bücher

(Zum 75. Geburtstag am 16. Februar 1922)

Viele unter uns, die sich im Berufsberuf befähigt fühlen und die darüber hinaus um Erkenntnis vom Sinne des Lebens und der großen kulturellen Zusammenhänge alles zeitgeschichtlichen Geschehens ringen, sind nicht zuletzt deshalb mit ihren Sympathien bei dem neuen Deutschland, weil sie von ihm die Wege bereitet wählten, die von unten herauf führen. Hoffnungen und Wünsche, die sich nur spärlich erfüllten und die vergeblich um die allgemeine Anerkennung des Grundgesetzes bemüht sind, daß Bildung und geistiger Wohlstand nicht mehr Privilegien einer kleinen Oberschicht sein dürfen, sondern Gemeingut des ganzen Volkes! In einer solchen Zeit, die auch an die Tore der Akademien vernehmlicher schloß, darf der 75. Geburtstag eines Mannes von wissenschaftlicher Bedeutung um so weniger eines Privatangelegenheit eximierter Stelle bleiben, da er selbst unter Druck und Banden aufwärts strebte und durch Leben und Lehre zur Überwindung der sozialen Mühsal beigetragen hat: Karl Bücher, der Nationalökonom an der Leipziger Universität!

Männliche Weisheit und Hemmungen hat Karl Bücher überwinden müssen, bevor er seine eigentliche Lebensaufgabe erkannte und auf ihre Erfüllung unentwegt aufzuarbeitete. Als Sohn eines kleinen Landwirts und Sandwerkers in Kirberg (Bezirk Wiesbaden) am 16. Februar 1847 geboren, beschaffte er sich in den Anabensjahren mit Ackerbau und den täglichen Obliegenheiten seiner Dorfbesitzer, und später noch, als er lateinische Vokabeln memorierte und sich zum Universitätsstudium vorbereitete, verlegte er seine Vorliebe für sündliche Eigenheiten, seinen bückerlichen Trost nicht. In diesen frühen Jahren, da er, wie man in seinen „Lebenserinnerungen“ launig vermerkt findet, eher auf heimischer Scholle hängen zu müssen glaubte, als sich in der großen Welt zurechtzufinden, regte sich ihm das soziale Bewußtsein, das anererbte Durchschnittsgefühl gegenüber den Mühseligen und Schwachen: „Auch der Arme hat noch so viel Eigenart an sich, daß es lobnt, die zerkümmerten Züge zu einem Gesamtbild zu vereinen.“ Ein Wort, das da im Unterbewußtsein aufgetaucht, ihn auf dem weiteren Lebenswege stein um stein zu dem unendlich sinnvoll und selbsteigleideren Bau seiner volkswirtschaftlichen und sozialpsychologischen Werke aufzutragen hieß.

In einer seiner ersten Schriften: „Die Zustände der unreten Arbeiter um 143—129 v. Chr.“, unternimmt es Karl Bücher, antike Vorgänge im Lichte der modernen Arbeiterbewegung erscheinen zu lassen. Ein für die damalige Wissenschaft unerhörtes Begonnen, dem sich ähnliche Versuche, den sozialwissenschaftlichen Gehalt vergangener und gegenwärtiger Wirtschaftsepochen zu erschließen, angeschlossen. So lernt er in den 70er Jahren im Ruhrgebiete die Erscheinungen eines turbulenten Aufstiegs und die Arbeiterbewegung unter der Einwirkung der sozialistischen Gedanken kennen. Als Leiter des handels- und wirtschaftspolitischen Zettes der „Frankfurter Zeitung“ nimmt er mit unerhörtem Eifer Teilnahme an Fragen der Agrar- und Gewerbepolitik Stellung. Von diesem Zeitpunkt an widmet er sich ausschließlich als Nationalökonom und Statistiker der Wissenschaft. Doch war ihm der akademische Beifall kein Platz, um sich von der Außenwelt und ihren Wirklichkeitsproblemen abzuschließen. Als Baseler Universitätsprofessor scheute er sich vielmehr nicht, eine Volkszählung zum Gegenstand einer auf Grund eingehender persönlicher Untersuchungen beruhenden Statistik für die Wohnungsverhältnisse zu machen, die auf diesem Gebiete vorbildlich geworden ist. Jahrelange Studien über das mittelalterliche Sunftwesen der Stadt Frankfurt a. M. und andere langwierige, tiefgründige Forschungen führte Bücher mit dem Einlage seiner ganzen Persönlichkeit zu einem vollkommnen Ende.

Die Früchte dieser unermühtlichen Forscherarbeit, dieser Jahrzehnte voll Mühen und Kämpfe reichten heran, als Karl Bücher sich nach vorübergehender aber äußerst erfolgreicher Lehrtätigkeit an den Universitäten in München, Dorpat und Basel zu Anfang der 90er Jahre eine Professur der Nationalökonomie an der Leipziger Universität erhielt. Da ist es vor allem die „Entstehung der Volkswirtschaft“, ein Werk, das seinen Ruf als Volkswirtschaftler begründete und das weniger eine systematische Darlegung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge bietet, als daß es in klarer, anschaulicher Weise einzelne Gebiete aus diesem Komplex herausgreift und sie in geradezu klassischer Weise dem ewigen Kreislaufe des Werdens und Vergehens einordnet. Bedeutungsavoll ist auch das Buch „Arbeit und Wohlhum“, in dem es der Verfasser unternimmt, all das, was im Volke singt und klingt, zum Satz werkschaffender Hände zu vereinen. Ein köstliches Buch, erfüllt vom hohen Liebe der Arbeit!

Weitere Zeugnisse von Büchers fruchtbringender wissenschaftlicher Arbeit treten uns in zahllosen größeren und

kleineren Abhandlungen sozialwissenschaftlicher und kulturgeschichtlicher Art entgegen, und in allen zeigt sich immer wieder die seine Beobachtungsgabe, der wissenschaftliche Ernst und die Eindringlichkeit des Verfassers, der es vermag, mit leichten Worten über die Dinge hinwegzugehen. In seinem Interesse, das er zeltens dem Zeitungslesen und der Publizistik im allgemeinen entgegenbrachte, ergaben sich für Bücher auch Anknüpfungspunkte mit dem Buchdruck. Mehr als das. Er ist unter den deutschen Universitätslehrern der beste Kenner des Buchdruckgewerbes. Die bei ihm die Doktorwürde mit einem Thema aus dem Buchdruck oder dem Buchgewerbe erlangen wollen, haben gehörig zu schwören. Im Jahre 1903 errigte Professor Bücher mit seiner Schrift „Der deutsche Buchhandel und die Wissenschaft“ großes Aufsehen. Es war das ein energisches Ich gegen die Verteuerungspraktiken der bekanntlich schon frühzeitig auf kartellierter Buchverleger, wobei deren Herumreiten auf den „hohen Buchdruckerlöhnen“ mit guten Argumenten von Bücher entgegengetreten wurde. Da er solche Missstände des hiesigen ritt und die Einwände des Buchhandels immer gründlich widerlegte, ist dieser berühmte Leipziger Gelehrte der Gesellschaft im Buchdruckgewerbe nähergetreten, so daß sie an seinem 75. Geburtstag ebenfalls Anteil nimmt.

Als Nationalökonom gebürt Karl Bücher zu den „Fortschrittskämpfern“, jener Gruppe akademischer Volkswirtschaftler, die im Gegenlage zur sogenannten Manchestersche Lehre eine Veränderung der sozialen Lage durch gezielte Maßnahmen anstreben will. Diese Richtung, die unabweislich einen Fortschritt in der nationalökonomischen Wissenschaft, nicht aber den Sozialismus selbst bedeutet, ist in der Gegenwart, wo die Wissenschaft immer mehr in Abhängigkeit von rücksichtlichen Mächten gerät, im Aussterben begriffen. Als einer ihrer Hauptvertreter rät Bücher somit in die nachnovemberliche Zeit, die mehr denn je an sozialem und wirtschaftlichem Unwohlsein krankt; doch die Prophezeiungen hören wir, was er in seiner „Entstehung der Volkswirtschaft“ sagt: „... neue Gliederungen der Gesellschaft erleben sich, die eine Neuverteilung der sozialen Rechte und Pflichten vorbereiten und den einzelnen schließend umschließen. Sollen wir daran verzweifeln, daß in diesen auch ein höheres Menschenium Raum finden werde?“

Leipzig.

Wilhelm Gule.

d. Bochum. (Maschinenfeger.) Das Vereinsleben im Bezirk und besonders am Orte war sehr reger. Der Besuch der Versammlungen muß aber mittelmäßig genannt werden. Hauptgegenstand der Versammlungen war die Lohnzulage. Auch über die Abschaffung der Sonntagsarbeit wurde des öfteren beraten, und hoffen wir, in diesem Jahre das Ziel zu erreichen. Durch die Länge der Versammlungen wurde leider das Technische in den Hintergrund gedrängt; die Technische Kommission hat deshalb in diesem Jahre vieles nachgeholt. Nicht unerwähnt soll jedoch ein Vortrag nachras Kollegen Tornquist über „Die Behebung der Sehmälchen“ bleiben, der allgemeine Anerkennung fand. Die vom Kollegen Sittens musikalisch geführte Kasse kann einen Bestand von 92,27 Mk. ausweisen. Am 12. November konnten wir unser 20. Stiftungsfest im engeren Rahmen begehen, das allgemeine Befriedigung fand. Der Mitgliederstand betrug zu Anfang des Berichtsjahrs 51, am Ende desselben 57. Der Vorstand wurde in Anbetracht der mühseligen Geschäft- und Kassenführung einstimmig wiedergewählt.

Bromberg (Broschur), Polen. Der Drucker Bruno Serzer, geboren in Schneidemühl am 28. April 1902, fand zuerst in Bromberg ein halbes Jahr in Konfektion und ist von hier nach Hinterpommern unzähliger Schulden über die Grenze nach Deutschland geflüchtet. Genannt hat nicht nur Kollegen wie auch seine Witwe, sondern sogar Lehrlinge um Wäsche und höhere Geldbeträge geprellt. Verstehe hat sich auch durch ein geschicktes Manövrier sein Verbandsbuch Nr. 98 687 erschwindelt, und bitten wir, wo Serzer auftritt, ihm selbstiges abzunehmen und ihn den Behörden zu übergeben.

M. Düsseldorf. Am 14. Januar fand die Generalversammlung statt. Nach einigen lokalen geschäftlichen Angelegenheiten nahm die Versammlung Stellung zu der neuerlichen gewaltigen Preiserhöhung für Zeitungsdrukpapier, die in ihren Wirkungen insbesondere die Arbeiterpresse am stärksten treffe. In einer angenommenen Entschließung wurde das Gebahren der Papierfabriken gekennzeichnet und vom Vorstand energische Schritte bei der Reichsregierung verlangt, um die Gefahren großer Arbeitslosigkeit durch Einwirkungen gegen die wucherliche Erpressung der Papierfabriken abzuwenden. Der Erhöhung der Beiträge zum Gewerkschaftsbeitrag auf wöchentlich 50 Pf. für Männliche und 30 Pf. für Weibliche und Jugendliche stimmte die Versammlung zu. Alsdann erstattete der Vorliegende Schindelbecker den Jahresbericht, an den sich eine rege Aussprache angeschlossen. Der hieraus erstattete Bericht der Wahlkommission über die Wahl des Vorstandes ergab, daß nur 275 Kollegen sich an der Abstimmung beteiligten. Mit fast allen Stimmen wurde der seitliche Vorstand wiedergewählt. Kollege Graaf trat infolge Überlastung zurück. Fünf Kollegen wurden als stellvertretend gewählt. In den Bericht der Wahlkommission schloß sich ebenfalls eine rege Aussprache, in der u. a. verlangt wurde, das Statut wieder abzuändern und die Arbeitsmengen in den Betrieben vorzunehmen, um eine größere Beteiligung an den Wahlen zu erzielen. Demgegenüber wurde betont, daß auch dann die Beteiligung nicht viel besser sein werde, was die Wahl zum Schiedsgerichte beweisen hätte, die, in den Betrieben vorgenommen, nur wenige Kollegen mehr bewegen hätte, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Wahl an der Urne ist zudem die reellste und mußte auch als Gradmesser des Interesses der Kollegen am Verbandsleben gewertet werden. Der Bericht der Hausbaukommission war infolgedessen nicht erfreulich, als er ein Defizit von 7850 Mk. feststellte, das durch die beschlossene Erhöhung der Kassenbeiträge sich auf 22000 Mk. auswaschen würde. Es wurde beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung Erhöhung des Ortsbeitrags zu setzen, um das Defizit auszugleichen.

S. Düsseldorf. (Vereinigte Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Den Mittelpunkt unserer am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung bildete die Anwesenheit des neu gewählten Gewerkschaftsvorsitzenden Ziber (Köln). Kollege Gant erstattete den Jahres- und Kassenbericht. Die Vorstandswahl wurde durch Weiterführung der Geschäfte des erst kurz amtierenden Vorstandes erledigt. (Kollege W. Gant als Vorsitzender). Dem im Laufe des Sommers zurückgetretenen Vorsitzenden van Booven wurde Dank abgekraftet. Dann warf unser Verbandsgeneralversammlung bzw. der damit verbundene Stereotypkongreß seine Schalten voraus. Kollege Gant ging noch einmal die zum letzten Stereotypkongreß gestellten Anträge durch und konnte nicht verhehlen, daß die krassen Widersprüche und die Masse der Anträge den äußerst minimalen Erfolg gesekigt hätten. Seine Ansicht ging dahin, vor allen Dingen die Annahme der alten Anträge zu erfassen und zu delegierten solche Kollegen zu wählen, welche sich stark genug fühlen, diesen zeitgemäßen und jahrelang erhofften Bedingungen Geltung zu verschaffen. Etwa nötig werdende neue Anträge sollen einer Gaukommission unterbreitet werden, welche versuchen soll, die Wünsche aller Mitglieder einheitlich zu formulieren. Zum technischen Teile hielt Kollege Ziber einen Vortrag. Sein Thema: „Wirken die neuen Übertragungsverfahren schädigend auf unsern Beruf ein?“, fand ausmerkliche Zustimmung. Wenn auch der Niederschlag überwinden, so sei der wiedererfundene analytische Druck, ferner Manul- und das Drahtverfahren wie auch der Offsetdruck Erscheinungen, die eine Anwälzung in absehbarer Zeit für alle Berufsangehörigen einschleichen wird. Der Schriftgießer mit sich bringen werde. Infolge der Kostspieligkeit der Einrichtungen und der Mängel würde die Allgemeinheit die Wirkung vorläufig noch nicht in ihrer ganzen Härte zu fühlen bekommen. Trodem konnte der Referent berichten, daß in Betrieben, wo genannte Verfahren Eingang gefunden, speziell unsere

Spartenkollegen um die Hälfte reduziert seien. Die dem Zeichen der Zeit müsse in unsern fasslichen Forderungen unbedingt Rechnung getragen werden. Die anschließende Diskussion brachte noch manche aufklärende Belehrung auf diesem für viele Kollegen dunklen Gebiet. In seinem Schlusswort betonte der Referent, daß nur durch enge Zusammenkunft aller Kollegen sich diese Zukunftsaussichten ohne größere Nachteile für uns vollziehen könnten. Er wüßte nur, daß von der Zentrale bis zur kleinsten Mittelstufe der Geist der Düsseldorf Kollegen herrschen möge, dann würden wir nicht weiter als das „Mischenbrödel der Buchdrucker“ behandelt werden.

Leipzig. (Drucker.) Unser Generalversammlung hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Kollege Baufeld verwies auf den gedruckten Jahresbericht und stellte kurz die wichtigsten Begebenheiten des vergangenen Jahres. Die Frage der Behebung der Offsetmalchine und die Anbringung der Arbeitslosen an den verschiedenen Dienstleistungsmaschinen brachte dem Vorstande reichliche Arbeit. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Mitgliederstand zu Beginn des Jahres 1754, am Ende 1803 Kollegen. Gegenwärtig 29 Kollegen arbeitslos. Der Einnahme von 25900 Mk. steht eine Ausgabe von 21035 Mk. gegenüber. Eine Kritik am Vorstandsbericht wurde nicht geübt. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 1 Mk. festgesetzt. Nach der Entlastung des Vorstandes wurde der Gesamtvorstand, mit Ausnahme des Kollegen Weich, der eine Wiederwahl wegen Berufswechsels ablehnte, wiedergewählt. Nach erfolgter Entgegennahme eines kurzen Berichts des Kreisvorstandes wurde eine Ergänzungswahl zu diesem vorgenommen, da der bisherige Obmann, Kollege Ludwig, wegen Krankheit sein Amt niedergelegt hat. Als Kandidat für die bevorstehende Gauvorsitzendenwahl wurde Vorliegender Baufeld aufgestellt. Unter „Verschiedenem“ dankte dieser den auscheidenden Funktionären für ihre Tätigkeit und übermittelte dem Kollegen Zebel zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum die besten Wünsche. Dann wurden noch einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt.

Leipzig. (Generalversammlung der Rotations.) Der Obmann brachte vor Eintritt in die starkbesetzte Versammlung am 8. Januar dem Kollegen Wilhelm Zebel anlässlich seines 50jährigen Berufsjubiläums die herzlichsten Glückwünsche der Leipziger Rotations dar. Der Obmann gab sodann einen Bericht über sämtliche Veranstaltungen und wichtige Vorkommnisse des verfloßenen Jahres. Besonders erwähnte er die Feier des 25jährigen Jubiläums des Vereins Leipziger Buchdruckmaschinenmeister sowie die enbliche Lösung der Offsetfrage. Sodann verbreitete er sich über die Tätigkeit des Vorstandes und über die Mitgliederbewegung des Vereins. In der Diskussion wurde von allen Rednern auf die Entlohnung der Rotationsbezugs genommen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß der heutige Lohn in keinem Verhältnis zu der vorantvorstellungswissen, hervorzuerstellenden Arbeit eines Rotationsers stehe. Der Tagesordnungspunkt „Neuwahl eines Obmannes“ brachte einstimmige Wiederwahl des bisherigen Obmannes, Böhler. Bei Punkt 3: „Wiedereinführung der Vergütungskasse“, wurde einstimmig beschlossen, einen Beitrag von 50 Pf. pro Woche zu erheben, um zur Förderung der Kollegialität selbständige kollegiale Veranstaltungen abhalten zu können.

Leipzig. (Schriftgießer.) Die am 19. Januar abgehaltene Generalversammlung wurde infolge pöblicher Erkrankung des Vorliegenden nur als Monatsversammlung abgehalten. Unter „Geschäftlichem“ gab der Versammlungsleiter Fischer einige interne Angelegenheiten bekannt. Er berichtete über die mit dem Gauvorstande geführten Verhandlungen betreffend Heimarbeit. Um die Kassenverhältnisse für das verfloßene Jahr abzuschließen zu können, gab Kollege C. Kunze seinen Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kassenführung. Es erfolgte noch eine Aussprache über das kommende Stiftungsfest.

Magdeburg. (Drucker. — Halbjahresbericht.) Der Versammlungsbericht im zweiten Halbjahre war gut. Die Versammlungen wurden von der Technischen Kommission durch zeitgemäße Vorträge bereichert. Eine Ausstellung von Offsetdrucken fand am 13. August statt, und Kollege S. Erbs, der Schriftleiter des „Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe“, hielt einen Vortrag hierzu. Der Zentralkommission sei auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen gedankt. — Am 9. September fand die Besichtigung der Firma Fehmel, Maschinenbau für das graphische Gewerbe, und am 29. September die Besichtigung der Kätzner Malzhafeefabrik statt. — Am 21. Oktober referierte Kollege Zheuerkhal über: „Gewinnung und Verwendung der Steinkohle; Gewinnung der Anilinfarbe“. — In entgegenkommender Weise hatte sich die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft (Leipzig) bereit erklärt, unsern Mitgliedern am 27. Oktober im Hörsaal der „Zuflerschule“ einen Vortrag mit Lichtbildern über Unfallverhütungsvorschriften halten zu lassen. — In der Novemberversammlung sprach der zweite Vorsitzende über: „Was versteht man unter einer betriebserfassen Maschine?“, gleichzeitig über die zweckmäßigste Verwendung eines harten oder weichen Aufzugs. Die Versammlung beschloß die Erhöhung des Wochenbeitrags von 20 auf 50 Pf. ab 1. Januar 1922. — In der Generalversammlung wurde der Vorstand mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden wiedergewählt. Der gedruckt vorliegende Jahresbericht wurde vom Vorliegenden und vom Kassierer noch mündlich erweitert und ebenfalls genehmigt. Für unsere arbeitslosen Versammlungsteilnehmer wurden 3 Mk., später 6 Mk., für unsere Invaliden 100 Mk. Weihnachtsgabe bewilligt. Zur Erlangung von technischen Vorträgen, in

Reinschrift niedergelegt, wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Es wurden fünf Preise zu 100, 75, 50, 25 und 15 Mk. ausgesetzt. Erfolgreichste können wir von Magdeburg berichten, daß sich die Berufsgruppen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben. Da es uns nicht gelungen ist, unsern Apparaturkurs zur Durchführung zu bringen, wurde unsern Kollegen Gelegenheit gegeben, an einem Kursus über Reproduktionsverfahren teilzunehmen. Zum Schlusse sei noch den wertigen Firmen und Kollegen, die es uns durch Material, Beschäftigung und Vorträge ermöglichten, unsere Versammlungen interessant zu gestalten, bestens gedankt.

Mainz. (Bezirksversammlung am 22. Januar.) Der Direktor der Mainzer Ortskrankenkasse, Herr Wagner, war zu einem Vortrag gekommen: „Ein Streikzug in die Sozialversicherungsgesetzgebung“. Redner verstand es durch seine vorzüglichen Ausführungen, eine dankbare Zuhörerschaft zu finden und erzielte lebhaften Beifall. Unter Punkt „Fassliche Angelegenheiten“ gab der Vorliegende bekannt, daß gegen eine Firma, die Antrag auf Wiederaufnahme in die Tarifgemeinschaft gestellt hatte, Einspruch erhoben wurde, und gegen eine andre Firma wurde Antrag auf Streichung gestellt. Die Frage der Befähigungslage wurde erneut aufgerollt und eingehend besprochen. Unter Punkt „Verschiedenem“ wurde Bericht erstattet über die Sitzung der Gewerkschaftsvorstände betreffend die „Kinderhilfe“. Zum Schlusse Hinweis auf lokale Angelegenheiten.

Mühlhausen i. Th. Unser Mitarbeiter hielt am 15. Januar ihre Hauptversammlung ab. Da sich die Ausgaben der Ortskasse bedeutend gesteigert haben, wurde der Ortsbeitrag auf 1 Mk. pro Woche erhöht. Eine recht unerwartete Ausnahme macht unser Ort in puncto Bezahlung, da 50 Proz. der hiesigen Gesellen zum Minimum entlohnt werden, wozu noch 14 1/2 Proz. kommen, die nur 50 Pf. bis 3 Mk. über Minimum erhalten. Dagegen sind unsere Herren Setzungsverleger sehr entgegenkommend gegenüber den Behörden, denn die Stadt erhält immer noch für amtliche Bekanntmachungen 60 Proz. und für wirtschaftliche Anzeigen 35 Proz. Rabatt nach der neuen Aufbesserung. Noch schlimmer steht es mit der Bezahlung seitens des Staates. Während jede Zeitung nach der jetzt geltenden Bezahlungsmethode von der Stadt jährlich 9000 bis 10000 Mk. für Anzeigen erhält, zahlt der Kreis für mindestens die gleiche, wenn nicht noch eine größere Zahl jährlich eine Pauschale von 3000 Mk. (bisher 1000 Mark) an jede Zeitung. Zur der fortgesetzten Steigerung der Papier- und aller andern Preise wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 15. Januar tagende Generalversammlung des Ortsvereins Mühlhausen i. Th. im Verbands der Deutschen Buchdrucker erucht den Verbandsvorstand und das Tarifamt, sofort auf die Reichsregierung einzuwirken, damit dieselbe endlich mit Papen und nicht nur mit Worten Maßnahmen gegen den Wucher mit Zeitungspapier und dessen Verschlebung in das Ausland trifft. Wenn nicht bald etwaige Schritte unternommen werden, ist das Stillleben vieler Setzungsbetriebe zu befürchten, wodurch die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe sich zu einer Katastrophe gestalten würde. Auch wird von der Reichsregierung eine sofortige Verbilligung sämtlicher Lebens- und Bedarfsartikel verlangt. Die Versammlung protestiert aufs schärfste dagegen, daß den Erzeugern, hauptsächlich in der Landwirtschaft, fortgesetzt neue Profite, oft sogar mit Hilfe der Regierung, zugewandt werden, während die Lebensmöglichkeit der großen Masse der Bevölkerung zugrunde gerichtet wird.“ Der der Vorstandswahl lebte leider unter alter Kassierer, Kollege Schilling, der das Amt 21 Jahre verwaltet hat, eine Wiederwahl ab, und es wurde Kollege Riemann als Kassierer gewählt. Dem Kollegen Schilling sei auch an dieser Stelle nochmals der Dank für seine so lange Zeit mit peinlichster Gewissenhaftigkeit geführte Verwaltung der Kassenverhältnisse ausgesprochen.

Neuwied a. Rh. (Generalversammlung des Maschinenmeistervereins.) Das abgelaufene Geschäftsjahr zeigte, daß die Kollegen hier, mit wenig Ausnahmen, bestrebt sind, dem Sparverein anzugehören und für den technischen Fortschritt einzutreten. Der Vorstand war stets bedacht, mit technischen Vorträgen sowie an der Hand von Drucksachen Anregungen für alt und jung zu schaffen. Möge auch in diesem Jahre der Besuch ein reger sein, damit der Vorstand sein gestecktes Ziel erreichen kann!

Oberndorf a. N. Die am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung genehmigte den Rechenschafts- und Kassenbericht. Ersterer widerspiegelt die rege Anteilnahme des Ortsvereins an den großen Fragen unseres Organisationslebens und gab Zeugnis von einer Intelligenz geförderter Kleinarbeit. Die Neuwahlen ergaben keine wesentlichen Änderungen. Wohl den breitesten Raum in der Aussprache nahm die Stellung zur Tarifauschüttung im Januar ein und eine diesbezüglich gefaßte und einstimmig angenommene Resolution wurde zur Unterstützung dem Geschlossenvertreter übermittle.

Söran. Unser Jahresversammlung am 14. Januar beschloß sich mit der Erhöhung der Löhne und der neuen Ortskassenentteilung, nahm den ausführlich durch den Kollegen Arnold erstatteten Jahresbericht sowie den durch den Kollegen Geißler gegebenen Kassenbericht entgegen und nahm dann eine Erhebung des Kollegen C. Geißler vor, der Gründer unserer 15 Jahre bestehenden Mitgliedschaft ist und der als Vorsitzender wie Kassierer sich sehr verdient gemacht hat um die Hebung der hiesigen organisatorischen und fasslichen Verhältnisse. Sein Chef hat den Kollegen Geißler, der den Posten eines Faktors bekleidete, gemahregelt, und so ist er denn zu der verantwortungsvollen Stelle als Kassierer der hiesigen Ortskrankenkasse gekommen. Vorsitzender Zimmermann dankte dem Kollegen Geißler

für seine viele Arbeit sowie Aufopferung und vollzog die Ernennung zum Ehrenmitglied des Ortsvereins unter Überreichung einer Ehrenurkunde und eines schönen Wandschmuckes. Kollege Wisniewski widmete dem Auscheidenden auch noch herzliche Dankesworte. Kollege Wehler griff zurück auf die Gründung der Mitgliederliste, die mit vier Mitgliedern begann und nun 18 zählt, und dankte in warmen Worten für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen. Wir wollen und werden in seinem Sinne rüft g weiterwirken für unsere Organisation!

Vorzeheim. Unser Ortsverein hielt am 15. Januar keine Generalversammlung ab, die gut besucht war. Das abgelaufene Geschäftsjahr kann wiederum als ein arbeitsreiches bezeichnet werden. Der Mitgliederstand betrug am Ende des Jahres 123. Die Neuwahlen brachten eine kleine Verschlebung in der Zusammenlegung des Vorstandes. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Paul Bolander und zum Kassierer und Vertrauensmann Kollege Ernst Richter gewählt bzw. wiedergewählt. Die Erhöhung des Verbandsbeitrags ab 1. Januar 1922 wurde auch von unser Mitglieder als notwendig anerkannt und genehmigt.

M. Schweinfurt. In der Generalversammlung am 21. Januar gedachte der Vorsitzende Brunn des verstorbenen Kollegen Wilhelm Diebel und machte anschließend Mitteilung von dem Austritte der Firma Franz Classen aus der Tarifgemeinschaft, was auch auswärts beachtet sein möge. Hierauf erstattete er den Jahresbericht, dem der Kassenbericht des Kassierers Wittmann folgte, dem für seine tadellose Kassenführung Entlastung erteilt wurde. Den Kartellbericht brachte Kollege Seifert zur Kenntnisnahme. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Joseph Brunn als Vorsitzender und Wittmann als Kassierer wiedergewählt. Zahlreicher Versammlungsbefuch wie überhaupt rege Teilnahme am Organisationsleben muß von allen Mitgliedern erwartet werden.

tz. Stuttgart. (Maschinenmeisterverein — Vierteljahrsbericht.) Eine leider schlecht besuchte Versammlung am 30. September nahm nach Erledigung der Vereinsangelegenheiten einen wirklich lehrreichen Vortrag unseres beliebten Redners, Herrn A. Spielberger, entgegen: „Die Gesundheit und ihre Erhaltung“. Ein Thema einmal außerhalb unseres sachtechnischen Programms, das mit großem Dank aufgenommen wurde. — Am 28. Oktober war eine gutbesuchte Versammlung. Kollege Dölling begann mit seinem Vortrag: „Unser Handwerkszeug“. Bei den heutigen feuren Zeiten und den hohen Preisen müßte jeder Kollege darauf sehen, ein wirklich zweckdienliches und solides Werkzeug zu bekommen. In dieser Richtung liegt noch manches im argen sowohl bei den Fachgeschäften wie beim Verlage des Bildungsverbandes. Sodann zeigte und erläuterte der Referent eine Reihe von Werkzeugen, die er wie namhafte Fachgenossen als wirklich gut befunden haben. Den zweiten Vortrag hielt Kollege Gläser über die neue elektrische Farbwerbelampe „System Jung“. Er schilderte deren Einfachheit und Betriebssicherheit sowie die überragenden Resultate speziell beim Bilderdruk in der kälteren Jahreszeit. Beiden Vorträgen schloß sich eine rege Diskussion an. — Am 9. Dezember hielt Kollege Dölling wiederum einen Vortrag, diesmal mit dem Thema: „Der gut eingerichtete Maschinenaal und seine Hilfsmittel“. Der Referent rüttelte die lazen Kollegen auf, die jahraus jahrein unter Mißständen an der Maschine und ihrer Umgebung arbeiten, ohne der Geschäftsleitung gegenüber für Abhilfe einzutreten. Rege Besprechung über Zustände in den Maschinenälen beschloß die Versammlung. Zu einem Kursus über Formalmachen, Formenschleifen und -bauen meldeten sich 40 Teilnehmer.

Willingen (Baden). Die Generalversammlung am 23. Januar besaßte sich mit der üblichen Tagesordnung. Nach dem erstatteten Jahresberichte war das Jahr 1921 für die hiesigen Kollegen kein befriedigendes, weil die enorme Teuerung sich hier besonders bemerkbar machte. Die Eöhne der Lohnindustriearbeiter waren immer höher als die der Buchdrucker. Die Neuwahlen ergaben keine Veränderung, indem Kollege Anton Seypler wieder als Vorsitzender und Kollege Streif als Kassierer gewählt wurden. Die Kollegen zeigen für den Ortsverein bzw. Verband reges Interesse. Mitgliederzahl: 18. Im Januar 1923 begeben wir das 25jährige Stiftungsfest.

Würzburg. (Drucker — Vierteljahrsbericht.) Am 16. Oktober hatte der Bezirks-Maschinenmeisterverein Würzburg seine Mitglieder zu einer Besichtigung der Schnellpressenfabrik Bohn & Herber (Würzburg) eingeladen. Sehr zahlreich wurde der Einladung Folge geleistet, und wohl jeder Teilnehmer war von dem Gesehenen vollst. befriedigt. Nach einer kurzen Begrüßung durch Herrn Direktor Seybold wurden zwei Maschinen — Rekord 1 und Rekord 3 — im Betriebe vorgeführt. Die notwendigen Erklärungen gab Chefbauingenieur Fink. An der Maschine, die sehr stabil und zweckmäßig gebaut ist, sind viele Neuerungen angebracht, die schon lange von unsern technischen Vereinigungen angestrebt werden. An diese Besichtigung schloß sich eine Führung durch den gesamten Betrieb der Firma an. Am Schluß der Exkursion lernten die Teilnehmer die Firma noch als Gastgeberin kennen. Auch an dieser Stelle sei der Schnellpressenfabrik Bohn & Herber (Würzburg) für das in jeder Hinsicht bewiesene Entgegenkommen gedankt. — Am 17. Oktober fand eine Versammlung statt, in der Druckerfaktor Leuschner einen Vortrag hielt über: „Erläuterungen beim Fortdruck, ihre Ursachen und deren Beseitigung“. — Die Versammlung am 21. November beschäftigte sich mit der Aufstellung von Richtlinien für die Lehrlingsausbildung sowie mit dem städtischen Farbenkreis, der vom Kollegen Schöff in ausführlicher Weise erläutert wurde.

as. Zwickau. (Maschinenf. Die am 22. Januar abgehaltene Jahreshauptversammlung nahm zunächst Kenntnis von Jahresberichten des Vorsitzenden und des Kassierers. Alles deutet darauf hin, daß der Höhepunkt des Niederganges Deutschlands noch nicht überschritten ist. Infolge dieses Niederganges machte sich ungelindert das Verlangen der Gehilfen an die Prinzipale geltend, neue Teuerungszulagen zu erlangen. Auch bemerkte der Vorsitzende in seinem Berichte, daß die Annahme der Zulagen keinen Verzicht auf unrechtmäßige Forderungen bedeute. Unre Anträge werden zur gegebenen Zeit wieder hervortreten, bis der Zuschlag von 25 Proz. wieder erreicht ist. Eine Entschlebung fand deshalb einstimmige Annahme: „Die Maschinenf.vereinigung im Bezirke Zwickau nimmt Kenntnis von der minimalen Erhöhung des Maschinenf.vereins im Vorjahre. Die Versammlung fordert von den Tarifkassen eine bessere Berücksichtigung der aufreihenden Fähigkeit der Maschinenf. und verlangt, daß der ursprüngliche Zuschlag von 25 Proz. wieder hergestellt wird.“ Nach Annahme eines Entlastungsantrags für den Gesamtvorstand erfolgte die Wiederwahl desselben. In weiterer Erledigung der Tagesordnung verurteilte man noch die übertriebene Reklame der Erfinder von Sehmachmentellen. Man äußerte sich allgemein dahin, unter „Technischem“ nur Fragen zu erörtern, welche für den Seher Erleichterungen schaffen und Verdrub bereitlein.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Zur übermäßigen Preissteigerung des Papiers. Kam das der neue Papierpreis von 7,30 Mk. für das Kilo Zeitungsdrukpapier, gegen bisher 7 Mk., bekannt geworden ist und man noch zur Notiz nehmen mußte, daß eine höhere Forderung der Fabrikanten um 42 Pf. pro Kilo unberücksichtigt geblieben ist und der Preis für März noch nicht feststeht, verlaute durch die „Frankfurter Zeitung“, daß eine Sitzung des Vereins der Zellstofffabrikanten bevorsteht, in der über eine neue Erhöhung der Zellstoffpreise beschlossen werden soll; und dabei hat dieses wichtige Halberstädter Unternehmen auf Erzeugung von Papier seit 1. Januar schon eine Preissteigerung von 80 Proz. zu verzeichnen. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat sich auch auf eine kleine Anstiege im Preussischen Landtage beantwortet, daß nicht die Druckpapierindustrie, sondern die Zellstoffindustrie in ihrer Preispolitik verständig sei. Auch die Forstverwaltungen der Länder, namentlich von Preußen und Bayern, nählen aus rein fiskalischen Gesichtspunkten die Sochnonjunktur weidlich aus. Das gleiche gelle für die Scharifung der Eisenbahn, wenn auch durch Verbilligung des Transports ein Verlust entstehen würde. Hier urteilte die Regierung leider nicht nach der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit der Zeitung, die nicht als Instrument der Politik, sondern als Luxusgegenstand behandelt werde, wie ja auch eine besonders hohe Luxussteuer auf Zeitungsinhalte gelegt sei. Dieses Eingekändnis von verantwortlicher Stelle ist überaus bezeichnend und verdient besonders registriert zu werden. Es unterstreicht die fast jam bekannten Ursachen und bezeichnet die Zellstofffabrikanten als die Hauptschuldigen, wenn auch unter Herausrechnung der Papierfabrikanten. Es ist aber erwiesen, daß auch diese mehr oder weniger für Schäden dabei ins Irrodrue bringen. Man sollte nach diesem Eingekändnis nun endlich auch die Courage zum Einschreiten haben, damit durch den Bestand der Presse ihre volkswirtschaftliche Mitarbeit gesichert bleibt.

Eisenbahnerstreik und Papierknappheit. Infolge des Eisenbahnerstreiks waren oder sind nachwirkend die meisten Zeitungen gezwungen, in beschränktem Umfang, sogar bis auf zwei Seiten herunter, zu erscheinen. Es wurde auch Prospektpapier oder salinertes Zeitungspapier verwendet, um das Erscheinen zu ermöglichen. Betroffen wurden davon auch bekannte Blätter, wie „Vorwärts“, „Freiheit“, „Rote Fahne“, „Berliner Tageblatt“ u. a.

Betriebsräte der graphischen Industrie zur Presse-not. Eine Vollversammlung der graphischen Betriebsräte Magdeburgs, die sich mit der Papierknappheit und der Überleuerung des Zeitungsbetriebs (vorwiegend durch die hohen Papierpreise) beschäftigte, nahm folgende Entschlebung an:

Die Betriebsräte der graphischen Industrie Magdeburgs erblicken in dem zum Teil schon erfolgten Zusammenbruch oder doch stark eingeschränkten Umfang der Tageszeitungen die Ausschaltung eines wichtigen Faktors im Aufbau des wirtschaftlichen und geistigen Lebens Deutschlands. Sie erziehen daher die Reichsregierung dringend, geeignete Maßnahmen für den Fortbestand der Zeitungen zu ergreifen, die sich besonders auf folgende Punkte erstrecken müßten: 1. Genaue Preisprüfung des Zeitungsdruk-papiers und Verbot ungerechtfertigter Papierpreissteigerungen. 2. Besondere Zulieferungsmittel III der Preispolitik in den Staats- und Privatforsten beim Verkauf des Holzes für Papierverarbeitung zu widmen. 2. Erhöhung des Zeitungsdruk-papiers in eine billigere Klasse des Eisenbahngütertarifs und Bahntransport auf schnellstem Wege an den Bestimmungsort. Wegfall jeder besonderen Belastung auf dem Wege einer erhöhten Umsatzsteuer für Ausgaben, Verbot der Ausfuhr von Zeitungsdrukpapier. 3. Ausfuhr nur zu gestatten, wenn der Inlandsbedarf gedeckt ist. Die Betriebsräte der Tageszeitungen in Frankfurt a. M. nahmen in einer Versammlung zur Papierknappheit Stellung und fordern in einer Entschlebung an die maßgebenden Reichsstellen und Organisationen u. a. hervorhebend: Sperrung der Ausfuhr von Zellstoff und nachfolgendem Druckpapier soweit wie nötig, um den Inlandsbedarf sicherzustellen; Freigabe der erforderlichen Menge Papierholz zu möglichen Preisen durch staatliche Fortverwaltungen und Kontrolle der Herstellung aus freigegebenem Holz. Die kritische Lage des Zeitungsgewerbes mache sich bereits für die im Gewerbe tätigen Arbeitnehmer fühl-

bar und darüber hinaus handle es sich um eine Angelegenheit von größter Bedeutung für das gesamte deutsche Volk, denn der Zusammenbruch der Tagespresse würde wichtige öffentliche Interessen gefährden.

Deutsche Bächererei in Leipzig. Von besonderer Bedeutung war das Entgegenkommen der Bächererei, daß selber allen Bächerereien diejenigen Bücher, die sie an anderen Stellen nicht erhalten konnten, im Weidvertrieb überhandl wurden. Nachdem die erhöhten Zuschüsse von Reich, Staat und Stadt den Bestand der Bächererei sicherten, ist das Entgegenkommen mit Rücksicht auf die jetzigen hohen Bücherpreise vereinbarungsgemäß noch erweitert worden, indem andre deutsche Bibliotheken, die nicht in der Lage sind, die notwendigen Bücher anschaffen zu können, im Bedarfsfalle von der Deutschen Bächererei eine Anzahl Werke für einige Zeit zur Verfügung gestellt erhalten. Das dürfte auch für die Leiter unser Ortsvereinsbächerereien Veranlassung sein, gegebenenfalls vorstellig zu werden. Die Bächererei mit Buch- und Zeitschriftenlesestelen sowie Sonderausstellungen kann kostenlos besucht werden wochentags von 11 bis 7 Uhr und an Sonntagen von 11 bis 2 Uhr.

Direktor für die Berliner Buchdruckerfachschule gesucht. An der Berliner städtischen Fortbildungsschule für Buchdrucker und verwandte Gewerbebezüge ist die Stellung des Direktors neu zu besetzen. Von der Verbandsleitung wie auch von ander maßgebender Seite der Gehilfen und vom Verein Berliner Buchdruckerbezieher ist mit Nachdruck an den zuständigen Stellen zum Ausdruck gebracht worden, daß an der Spitze dieser für unser hochentwickeltes Gewerbe wichtigen Schule nicht nur ein lediglich berufsmäßiger Lehrer, sondern ein besonders tüchtiger Fachmann aus den Kreisen der Buchdruckerwelt gestellt wird, wie dies früher vor Übergang in die städtische Verwaltung mit Erfolg der Fall war. Erfordernis ist neben entsprechender Allgemeinbildung die gründliche Kenntnis unsern Gewerbes wie auch der verwandten Verfahren aller Zweige der graphischen Industrie. Die Stellung ist pensionsberechtigt. Geeignete Bewerber werden aufgefordert, bis zum 15. März d. J. zunächst mit dem Verein Berliner Buchdruckerbezieher in Verbindung zu treten.

Grobes Schadenfeuer in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Am 10. Februar abends gegen 10 Uhr wurde der Betrieb der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in Leipzig durch ein großes Schadenfeuer gelöst. Durch das katastrophale Eingreifen des Personals im Vereine mit der zahlreich herbeigeleiteten Feuerwehr konnte das Feuer auf zwei aneinandertliegende Folgegebäude beschränkt werden. Der Dachstuhl mit Papierlager und andern leicht brennbaren Stoffen ist vollständig vernichtet und auch ein Teil der Büroräume in Mitleidenchaft gezogen. Im übrigen haben aber die Baulichkeiten und die technischen Einrichtungen nicht gelitten, so daß der Betrieb keine Unterbrechung erleidet. Als Ursache des Brandes wird Entzündung des Papierlagers durch einen Feistkörper angenommen.

Ein leichflünniger Schriftf. in der Remis eff. In Nürnberg hatte sich ein 44-jähriger verbeirateter Schriftf. wegen Diebstahls zu verantworten. Er war in einer dortigen Buchdruckerlei bis Dezember 1921 tätig und hatte vom Sull ab so nach und nach über 700 kg Blei und 262 kg Messing im Gesamtwerte von 50000 Mark entwendet und als Almetall verkauft. Den Erlös verbrauchte er mit seiner Geliebten. Die Diebstähle fielen im Betriebe auf, man beobachtete ihn und konnte den Dieb auch bei einem neuen Diebstahl überrappen. Das Gericht verhängte über den bis jetzt nicht bestrafte Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Nach Verbüßung von einem Monat wird ihm Bewährungsfrist erteilt.

Internationale Gewerkschaftskonferenz in Genua. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat in Anbetracht dessen, daß die internationale organisierte Arbeiterklasse die Pflicht hat, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz in Genua Gehör zu verschaffen, beschloßen, eine besondere Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach dem gleichen Ort und zur gleichen Zeit, wo die offizielle Konferenz stattfindet, einzuberufen. Daran nehmen teil das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das aus dem Bureau und je einem Delegierten der zehn Fachgruppen besteht, ferner je ein Delegierter für den Gewerkschaftsbund eines Landes sowie die Sekretäre der wichtigsten internationalen Fachverbände.

Zum Internationalen Gewerkschaftskongress in Rom. Auf der Tagesordnung des im April stattfindenden Kongresses stehen: 1. Achtstundentag und wirtschaftliche Reaktion; 2. Europas ökonomischer Wiederaufbau; 3. Europas Antimilitarismus und Arbeiterklasse.

Zur Bildung der Bezirkswirtschaftsräte. Daß es mit der Durchführung der Kätegebgebung so langsam geht, trotz aller Vorarbeiten und Verhandlungen, das macht die Arbeiterchaft ungeduldig und zettigt das Bestreben, andre geeignet erscheinende Vertretungen der Arbeiter zu schaffen, die aber in die Irre führen. Wir haben bereits die Vorgänge in Bremen und Sachsen bezüglich Arbeitnehmerkammern (in andern Staaten wird es auch gefordert) dementsprechend bewertet. Solches Hin- und Hergerre müßte nur den Unternehmern, denen dadurch in die Hände gearbeitet wird, nicht aber den Arbeitern. Im Reichswirtschaftsrat ist durch Ausschüßberatungen und Sachverständigenanhörung die Frage der Bildung der Bezirkswirtschaftsräte soweit geklärt, daß sie in dieser Körperchaft auch bald zur Erledigung kommt, wenn die Arbeiterchaft mehr zur Sache hält und hinter ihren Ver-

(Fortsetzung in der Beilage.)

